

# Danziger Zeitung.



No 14894.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerbagergasse Nr. 4, und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitzeile oder deren Raum 20 G. — Die „Danziger Zeitung“ übernimmt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1884.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

Rischny-Novgorod, 22. Oktober. (B. L.) Die Gerichtsverhandlung gegen die an den Excessen gegen die Juden in Kaniwino Beteiligten ist gestern beendet worden. Wegen Todschlags wurden verurtheilt 11 Theilnehmer zu zwölf- bis zwanzigjähriger Zwangsarbeit, wegen Raubes 27 zu ein- bis dreijähriger Zuchthaus, 16 zu zweiwöchentlichem bis dreijährigem Gefängnis, einer zur Deportation nach Sibirien, 6 zum Arrest. 11 wurden freigesprochen.

## Telegraphische Nachrichten der Danz. Ztg.

Sigmaringen, 21. Oktober. Bei dem Familien-Dejeuner im erbpriestlichen Palais nahm der Kaiser in der Mitte der Tafel Platz, ihm zur Rechten saßen die Kaiserin-Jubilare, der Kronprinz, die Königin von Rumänien, zu seiner Linken die Königin von Sachsen, der Jubilar, die Großherzogin von Baden. Dem Kaiser gegenüber saß die Erbprinzessin von Hohenzollern zwischen den Königen von Sachsen und von Rumänien. Während des Dejeuners, welches bis 2 1/2 Uhr dauerte, musizierte die Hof-Theatercapelle. Nach demselben traten der Kaiser und der Fürst und die Kaiserin von Hohenzollern an die geöffneten Fenster des Parterres und wohnten dem Vorbeimarsch der Kriegervereine bei, während dessen die Capelle des 14. Infanterieregiments spielte. Jubelnde Zurufe begrüßten den Kaiser und das kaiserliche Jubelpaar. Hiernach machten der Kaiser mit dem Erbprinzen von Hohenzollern und der Fürst von Hohenzollern eine Rundfahrt durch die Stadt.

Heute Nachmittag 5 Uhr fand die Ceremonie der Trauung des Fürsten und der Fürstin von Hohenzollern statt. Zu derselben begaben sich der Kaiser zwischen dem kaiserlichen Jubelpaar, dann fünf noch nicht erwachsene Enkel des kaiserlichen Paares. Als zweites Paar folgte der König von Rumänien und die Königin von Sachsen. An diese schlossen sich in Reihen zu dreien der Kronprinz, die Kaiserin von Rumänien und der König von Sachsen, die Kaiserin von Spanien, der Großherzog von Baden und die Erbprinzessin von Hohenzollern, Prinz Friedrich von Hohenzollern, die Großherzogin von Baden und der Erbprinz von Hohenzollern, die Prinzessin Friedrich von Hohenzollern, der Graf von Flandern und die Herzogin von Anhalt, der Herzog von Anhalt, die Herzogin von Hamilton und Prinz Wilhelm von Württemberg, Prinz Hermann von Sachsen-Weimar, Prinzessin Carolina von Hohenzollern und der Erbprinz von Baden, Prinz Guadalupe von Anhalt, Prinzessin Alexandra von Anhalt und Prinz Friedrich von Anhalt, der Fürst von Fürstberg, die Gräfin Taveggia und Prinz Albert von Anhalt, Prinz Wilhelm von Hohenzollern, der Fürst von Thurn und Taxis und der Fürst zu Wied, Prinz Ferdinand von Hohenzollern und Prinz Hohenzollern-Dehringen. Beim Eintritt des Paares in den Saal, in welchem die Feier stattfand, ertönte Chorgesang. Das Jubelpaar nahm vor dem Altar mit seinen Enkelkindern Aufstellung, dahinter der Kaiser mit der Königin von Sachsen. Die übrigen Paare stellten sich rechts und links auf. Die Feierrede hielt der Erzabt Maurus von Emsau, den Beispruch sprach der Bischof von Hefele. Nach der Trauungsfeierlich fand Galadiner fest.

Braunschweig, 21. Oktober. Die feierliche Beisetzung des Herzogs im Dome soll nach nunmehriger Bestimmung am Sonnabend, Nachmittags 2 Uhr stattfinden.

Trient, 21. Oktober. Die Frau Kronprinzessin ist von Gries angekommen und im Grand Hotel Trento abgeblieben. Hochdiebstahl befechtigte die Sehnüchternheit der Stadt und vorzugsweise die Restaurierung des Domes und machte Ausflüge nach Aros und Alva.

Bonn, 21. Oktober. Der Prinz Leopold von Preußen ist heute zum Beginn seiner Studien hier eingetroffen.

Paris, 21. Oktober. Die Deputiertenkammer genehmigte per Acclamation den Gesetzentwurf betreffend die Ordensdecorationen für die Soldaten und Matrosen, welche an den Expeditionen in Tongking und China theilnahmen.

Nach hier eingegangenen Nachrichten sind in Oran 6 Personen an der Cholera gestorben.

Rom, 21. Oktober. Cholerabericht vom 20. d. Es kamen vor: In Aquila 4 Erkrankungen, 1 Todesfall, in Cuneo 20 Erkrankungen, 14 Todesfälle, in der Stadt Genoa 3 Erkrankungen, 2 Todesfälle, in Neapel 46 Erkrankungen, 26 Todesfälle, davon in der Stadt Neapel 28 Erkrankungen, 13 Todesfälle, in Novara 8 Erkrankungen, 7 Todesfälle, in der Stadt Salerno 11 Erkrankungen, 2 Todesfälle.

Turin, 21. Okt. Der internationale Phylloxera-Congress wurde gestern durch den Ackerbauminister in Gegenwart des Herzogs von Aosta, der Minister, der Präfecten und Matres, sowie der italienischen und ausländischen Delegirten eröffnet. Das Präsidium erhielt folgende Zusammensetzung: Alphonse Ghrenpräsident, L'Argenti und Tozzetti Präsidenten, Cornu, Foix, Sallamancia Vicepräsidenten.

Konstantinopel, 21. Oktober. Die Quarantäne für die Provenienzen aus Montenegro ist aufgehoben. Die aus Aegypten kommenden, nach Griechenland bestimmten Provenienzen, welche in Griechenland einer Quarantäne unterworfen werden, bleiben in der Türkei von der Quarantäne befreit.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 22. Oktober.

Zu der braunschweigischen Erbfolge liegen eine Anzahl neuer Nachrichten vor. Die Reise des Herrn Windthorst nach Gmunden, von welcher heute Morgen Mitteilung gemacht worden ist, hat offenbar den Zweck, einen letzten Versuch zu machen, den Herzog von Cumberland zum Verzicht auf Hannover zu bewegen. Daß der Versuch gelinge, ist freilich um so unwahrscheinlicher, als der Herzog bei einem bedingungslosen Verzicht Gefahr läuft, sich zwischen zwei Stühle zu setzen; er könnte seine angeblichen Ansprüche aufgeben, ohne daß deshalb

seine Ansprüche auf Braunschweig anerkannt würden. Einem verlausulierten Verzicht auf Hannover würde aber der Bundesrath keinen Werth beilegen. Was von den früher schon gepflogenen Compromißverhandlungen erzählt wird, ist wohl nur mit großer Vorsicht aufzunehmen. Es ist keineswegs gewiß, daß in Berlin die Neigung zu einem Compromiß noch in früherer Stärke vorhanden ist, nachdem durch das Ableben des Herzogs von Braunschweig die Möglichkeit geboten ist, die braunschweigische Frage im Interesse der Reichspolitik endgiltig zu regeln. Von dem Augenblick an, wo das geschehen ist, hat die Welfenpartei in Hannover aufgehört lebensfähig zu sein. Die braunschweigische Frage ist die letzte Karte. Die Drohung der Welfenblätter, Deutschland werde nie zur Ruhe kommen, solange der Herzog von Cumberland nicht König von Hannover sei, ist einigermassen lächerlich. Die eilige Reise des Herrn Windthorst nach Gmunden beweist, daß für die Welfen der entscheidende Augenblick geblieben ist.

Allseitig wird angenommen, daß sich der Bundesrath in aller nächster Zeit bereits mit der braunschweigischen Erbfolgefrage werde zu beschäftigen haben. Die Materialien werden bereits gesammelt. Jedenfalls erwartet man zunächst eine Erklärung des Herzogs von Cumberland, und es wird sich zeigen, ob derselbe die Entscheidung hinziehen wird oder, wie es im allerersten Wunsch und Interesse liegt, schnell herbeizuführen beabsichtigt.

Der Eventualität, daß der Herzog von Cumberland zu Gunsten seines Sohnes verzichten werde, wird von einer Seite mit der Behauptung entgegengesetzt, daß dieser Sohn garnicht thronfolgeberechtigt sei, weil der Herzog von Cumberland f. B. bei dem Herzoge Wilhelm die Genehmigung zu seiner Vermählung nicht nachgesucht und somit nach braunschweigischem Gesetze eine ungültige Ehe geschlossen habe.

Die Verordnung, mittelst welcher der Regentenschaftsrath, wie gestern schon gemeldet wurde, den Landtag des Herzogthums zu einer außerordentlichen Versammlung einberufen, lautet:

Nachdem in Folge des am 18. d. M. zu Schloß Sibbelsort erfolgten Ablebens Sr. Hoheit des regierenden Herrn Herzogs Wilhelm zu Braunschweig und Lüneburg sich der Regentenschaftsrath für das Herzogthum Braunschweig auf Grund des Landesgesetzes vom 16. Februar 1879 Nr. 3, die provisorische Ordnung der Regierungsverhältnisse bei einer Thronerlebung betreffend, constituirt und seine Constatirung nach Vorchrift des gedachten Gesetzes durch die Bekanntmachung vom 18. d. M. zur öffentlichen Kenntniß gebracht hat, hat derselbe in Gemäßheit des dritten Artikels des § 3 des allegirten Gesetzes beschlossen, die Landesversammlung beauftragt, versammlungsmäßiger Wirkthung bezüglich der durch die obwaltenden Umstände etwa weiter gebotenen Schritte auf Donnerstag, den 23. Oktober 1884, zu einem außerordentlichen Landtage einzuberufen und werden daher die Abgeordneten des Landes eingeladen, sich an dem gedachten Tage, Morgens 11 Uhr, im Lokale der Landesversammlung hieselbst einzufinden.

Gelegentlich der Polemik, die neulich in Danzig ein freiconservativer Politiker gegen die Freisinnigen führte, glaubte derselbe einen gewaltigen Trümpf auszuspielen, als er, einer Rede des Herrn Boernmann in Hamburg folgend, einen Artikel der Barth'schen „Nation“ anzog zum Beweise, daß die Freisinnigen für die deutsche Colonialpolitik nur Spott und Hohn hätten. Er hat dabei leider vergessen, richtig zu citiren, hat es unterlassen zu sagen, daß sich Barth's allerdings etwas scharfer Spott nur gegen die colonialpolitischen Schwärmer und Ignoranten richtet, denen ja auch der Colonialverein selbst den Stuhl energisch vor das Haus gesetzt hat. Der betreffende Passus in der „Nation“ lautet:

„Dieser zweite Act (die Gründung einer deutschen Colonie am Kamerunflusse) wird sicherlich die Colonialbegeisterung in Deutschland noch stärker anfeuern und neben dem Angra-Bequena-Liede, dem Angra-Bequena-Lustballon und dem Angra-Bequena-Schnaps werden gewiß in Kürze ein Kamerun-Marsch und Kamerun-Seife in den nationalen Verkehr gesetzt werden. Hoffentlich läßt sich der Reichskanzler trotzdem nicht über jene Grenze vorsichtiger Colonialpolitik hinausreißen, welche er noch vor wenigen Wochen unter dem Beifall aller Parteien des Reichstags selbst gezogen hat. Er wird dabei auf die Unterfütterung der deutschfreisinnigen Partei mit Bestimmtheit zählen können, und zwar um so mehr, als gerade in dieser Partei eine besonders große Anzahl von Volksvertretern zu finden ist, welche nicht erst seit gestern den übertriebenen deutschen Niederlassungen ihre Aufmerksamkeit und ihr lebhaftes Interesse zugewandt haben, deren Urtheil deshalb auch nicht unter den Funktionen der Colonialfanatiker steht. Das Beste an der jetzigen Colonialbegeisterung ist vielleicht der Umstand, daß das deutsche Binnenland mehr als bisher die Festungen des Unternehmungsgeistes deutscher Kaufleute in fernem Welttheilen schätzen lernt.“

Herr Dr. Wehr hat bei seiner neulichen Attacke gegen die Freisinnigen diesen Artikel offenbar ebensowenig gelesen wie die seinen colonialpolitischen Ideen so diametral zuwiderlaufenden Verhandlungen des Colonialvereins in Eisenach, deren markanteste Stellen wir neulich hervorgehoben haben. Er hätte sonst doch wohl den Zuhörern nicht Dinge vortragen können, die zu der Wahrheit auf etwas gespanntem Fuße stehen.

Frän's, jahan' wem! In einer Wählerversammlung in Forstfeld am 19. ds., in welcher der Candidat der Freisinnigen für Galbe-Adersleben, Bürgermeister Hammer, sein Programm entwickelte, machte ein Wähler darauf aufmerksam, daß der bisherige Vertreter des Wahlkreises, Hr. Amtsrath Diege im Jahre 1881 vor den Wahlen öffentlich erklärt habe, er werde gegen das Tabakmonopol stimmen, während er nachher das Gegentheil gethan, d. h. für das Monopol gestimmt habe. In der That gehört Herr Diege (Barby) zu den 41 Mitgliedern, welche am 14. Juni 1882 für den § 3 des Monopolgesetzes gestimmt haben. Hr. Täglichbeck, der ebenso gestimmt, hat in Halle erklärt, er sei jetzt gegen das Monopol. Hr. v. Levetzow hat nachträglich zugegeben, daß viele Bedenken gegen dasselbe beständen. Die Wähler, welche Erfahrungen, wie die mit Herrn Diege ge-

machten, vermeiden wollen, werden gut thun zu prüfen, ob die Candidaten nach ihrer ganzen politischen und socialen Stellung selbstständig genug sind, zu widerstehen, wenn die Regierung den Antrag auf Einführung des Tabakmonopols demnächst erneuern sollte.

Wie in Braunschweig haben die Heidelberger im Verein mit den Conservativen nunmehr auch im II. Anhaltischen Wahlkreise dem nationalliberalen Herrn Commerzienrath Debelhäuser einen Gegenkandidaten in der Person eines andern sog. Nationalliberalen, des Commerzienrath Brumme entgegengestellt. Der Gegenkandidat des Herrn Debelhäuser erklärte, er stehe auf dem Standpunkt des Heidelberger Programms und warf erstere vor, er vertrete nicht die Interessen von Industrie und Landwirtschaft! Herr Brumme hat das Verdienst, die neue Phase der nationalliberalen Politik, wie sie ja nicht überall, aber leider überwiegend betrieben wird, zutreffend gekennzeichnet zu haben. Die Fusion, sagte er, ist keineswegs so schlimm, als sie in der Presse hingestellt werde. Natürlich meinte er damit nicht die Verschmelzung der Liberalen Vereinigung mit der Fortschrittspartei, sondern diejenige der Nationalliberalen mit den Conservativen.

Aus Wiesbaden wird telegraphirt, daß gestern der Communalrath die Vorlage betreffend die neue Kreisordnung mit einigen Modificationen angenommen und bei der Beratung der Vorlage über die Provinzialordnung die Bildung zweier selbstständigen Provinzen Hessen und Nassau beantragt hat; zu letzterer solle Frankfurt a. M. gehören.

Die diplomatischen Verhandlungen über die Congo-Conferenz nehmen einen erheblichen Umfang an, und es waren diejenigen gut unterrichtet, welche von einer umfassenden Correspondenz zwischen Deutschland und England einerseits und Deutschland und Portugal andererseits wissen wollen. Man setzt voraus, daß die Lösung der Grenzfragen zwischen Frankreich und der Association Internationale und die Auseinandersetzungen zwischen der letzteren und Portugal noch zu vielen Weiterungen führen und eine der Hauptschwierigkeiten der Conferenz bilden werden. Die Anwesenheit Stanley's wird von allen theilnehmenden Seiten für dringend erforderlich gehalten und daher lebhaft gewünscht; dennoch versichert man, wie man uns schreibt, daß darüber im Augenblick noch gar nichts Gewisses feststünde.

Der „Oberver“ schreibt über die Conferenzfrage: „Falls Fürst Bismarck in seinem gegenwärtigen Unternehmen erfolgreich, und es ihm vergönnt sein sollte, seinen vielen Anhängern auf deutsche Dankbarkeit den Titel eines Gründers eines africanischen Deutschland hinzuzufügen, dann wird England sich einer gewaltigen und kriegerischen, wenn auch nicht gerade aggressiven Macht gegenüber finden, und eine klare Politik in Colonial-Angelegenheiten, deren wir uns als eines Luxusartikels bisher selten erfreut haben, wird für uns eine erste Nothwendigkeit der Existenz werden. Wenn diese Ueberzeugung der englischen Regierung durch die vorgezeichnete Conferenz aufgedrängt wird, dann werden wir guten Grund haben, dem deutschen Kanzler dankbar zu sein.“

Der Bürgermeister von Brüssel hat zum Donnerstag das Comité des Compromisses der Gemeinden einberufen, um zu beraten, welche Schritte angeht, das Ausfallen der belgischen Communalwahlen zu treffen seien.

Das englische Parlament tritt morgen wieder zusammen. Die Thronrede ist bereits am Freitag in Balmoral in einem Ministerrath unter Vorhitz der Königin festgesetzt. „Daily News“ erklärt, die Thronrede werde auf den einzigen Gegenstand der Reformbill beschränkt sein. Der conservative „Standard“ dagegen sagt, es verlautet, daß, so weit die interne Gesetzgebung in Betracht komme, sie gänzlich auf die Reformfrage beschränkt sein werde, womit wohl zu verstehen gegeben wird, daß sie auch noch auswärtige Fragen berührt. Die „Times“ fordert beide Parteien auf, sich jetzt eine größere Mäßigkeit aufzulegen, als sie während der Ferien fundgegeben. Wenn die Regierung dem Hause eine nützliche und billige Besitztheilungsbill klar ausinandersetzt, und die Conservativen dann sich weigern die Regierung das Vertrauen zu schenken, welches jene von ihr verlangen, so würde das Land daraus ohne Jögern schließen, daß ihre Annahme der Reform ein Vorwand, und sie wirklich beabsichtigen, sich jeder Lösung der Frage zu widersetzen. Gladstone's Grundsätze der Gemeinheittheilung seien conservativer als alle schattenhaften Pläne Salisbury's, und es sei zu hoffen, daß alle gemäßigten Conservativen sich ihnen anschließen werden. Verweigern sie es, so werde die Regierung eine weit stärkere Position, als sie bisher in der Controverse erworben, haben, und im Stande sein, entweder mit überwältigender Wirkung an das Land zu appelliren, oder den conservativen Führern die Pflicht der Reichsverwaltung aufzubürden, die sie durch ihre Handlungen unmöglich gemacht haben. — Der Möglichkeit, eine eingehende Debatte über Aegypten sofort nach dem Zusammentritt des Parlaments anzuregen, wird schon der Weg durch die officiöse Erklärung verlegt, daß die Regierung erst im vollen Besitze des Berichtes des Lord Northbrook in der ersten Novemberwoche sein werde.

Mit dem Mahdi scheint es schlecht zu stehen. Ein Araber, der aus dem Lager des Mahdi in Dongola angekommen ist, sagt, daß daselbst viel Krankheit herrscht. Die Stämme Kabbasch und Gerkela weigern sich, dem Mahdi sich anzuschließen, und die Dagara-Stämme sind gleichfalls mit seiner Herrschaft sehr unzufrieden. Wenn diese Stämme cooperiren, um den Rückzug des Mahdi zu verhindern, und die britischen Streitkräfte zu rechter Zeit vorrücken, dann glaubt man an die Möglichkeit der Gefangennahme des Mahdi, dessen Anhänger von einer Anzahl verschiedener Stämme rekrutirt sind.

Der Pariser Correspondent des „Daily Telegraph“ versichert auf das Bestimmteste, daß, trotz aller Dementis, die Regierung der Union fortfährt, ihre guten Dienste zur Herstellung des Friedens aufzuwenden, und daß China jetzt auch Amerika gegenüber eine Entschädigung von 5 000 000 Francs für den Verlust der Franzosen zu Bac Le angeboten hat. Das Anerbieten wurde nicht als eine Anerkennung seines Irrthums gemacht, sondern in der Hoffnung, daß alle Schwierigkeiten dadurch gebrochen werden. Jerry habe die Summe lächerlich klein genannt; auch wünsche er mehr über die Bezeichnung Kelungs zu hören, von der die Chinesen gänzlich schweigen. Der amerikanische Staatssecretär Frelinghuysen billigt die Haltung Chinas, aber erklärt, er könne Frankreichs Ungeneigtheit, die Sache freundschaftlich zu regeln, nicht verstehen, und drückt die Hoffnung aus, daß ein Arrangement nicht nur im Interesse Frankreichs und Chinas, sondern in dem jener fremden Länder getroffen werde, deren Handel durch die jetzige bellagense-werthe Lage geschädigt werde.

Einer Depesche aus Buenos Ayres zufolge hatte der Bruch zwischen der argentinischen Regierung und dem apostolischen Delegaten darin seinen Ursprung, daß Letzterer der Verbreitung protestantischer Doctrinen opponirte und auf die Rechte der Bischöfe, sich in die Staatsschulen einzumischen, bestand. Da die Regierung sich weigerte, den Bischöfen dieses Recht einzuräumen, erhielt sie von dem Delegaten eine in heftiger Sprache abgefaßte Note, in Folge deren der Letztere erfuhr wurde, das Land zu verlassen.

## Deutschland.

Δ Berlin, 21. Oktober. Ueber die Dauer des Aufenthalts des heute hier angekommenen Fürsten Bismarck steht noch gar nichts fest. In der nächsten hiesigen Umgebung nimmt man indessen nicht an, daß der Fürst schon jetzt seinen dauernden Aufenthalt nach Berlin verlegen werde. Der nächste Anlaß seiner jetzigen Reise herüber ist wohl die Eröffnung des Staatsraths, welche bekanntlich am Sonnabend Nachmittags 2 Uhr durch den Kronprinzen im Elisabeth-Saale des königl. Schlosses vollzogen wird, wovon der Staatssecretär des Staatsraths von Möller die Mitglieder ausdrücklich verständigt hat. Die auswärtigen Mitglieder des Staatsraths sind gleichzeitig aufgerufen worden, die Wohnung, welche sie in Berlin nehmen, dem Bureau des Staatsraths (Behrenstraße 72) mitzutheilen. — Ueber Vorlagen, Geschäftsangabe u. d. d. den Mitgliedern des Staatsraths feierlicher Mittheilungen zugegangen. Es heißt bekanntlich, der Geschäftsangabe würde sich an jenen des Bundesrathes anlehnen. Von diesem aber weichen bereits die Abtheilungen (welche den Ausschüssen des Bundesrathes entsprechen) erheblich ab. Während im Bundesrath nur vereinzelte Ausschüsse vom Kaiser ernannt werden, erfolgt hier die Zusammenlegung der Abtheilungen nur durch Ernennung. Wie sich diese gestalten wird, ist z. B. gleichfalls unbekannt. Jedenfalls wird das Plenum des Staatsraths zunächst nicht in Thätigkeit treten, sondern die Abtheilungen werden die Hauptarbeit übernehmen.

\* In Teheran langte am 18. d. die deutsche Gesandtschaft unter Führung des Hrn. v. Braunschweig an. Für den Empfang waren seitens der persischen Regierung in sämtlichen Stationen zwischen dem Kaspischen Meere und Teheran, sowie in der Hauptstadt selber großartige Vorkehrungen getroffen worden. Auf Befehl des Schahs wurde einer der königlichen Paläste für die Aufnahme der Mitglieder der neuen Gesandtschaft in verschwenderischer Weise möblirt und ausgeschmückt.

\* An Stelle des bisherigen Landesdirectors v. Puttamer, welcher, wie gemeldet, zum Vicepräsidenten der Regierung zu Coblenz ernannt ist, wird nach dem „Dtsch. Tagbl.“ ein gegenwärtig im Elsaß amtierender Beamter nach Waldeck berufen werden.

\* Beim Tode des Herzogs von Braunschweig kommt auch die Erinnerung wieder zur Sprache, daß er es abgelehnt hatte, den Titel „Großherzog“ anzunehmen. Als er nämlich vor drei Jahren sein 50jähriges Regierungs-Jubiläum feierte, bot ihm das deutsche Reich den Titel eines „Großherzogs“ an. Der Großherzog von Baden hatte den Auftrag, ihn wenige Tage vor dem Jubiläum mit dem Vorhaben bekannt zu machen. Wenn der Herzog die Ehre ausüßte, so war nicht bloß die Bescheidenheit die Triebfeder, sondern gewiß mit das, was man den „Welfentrog“ zu nennen pflegt.

\* Officiös wird geschrieben: Um der Aufgabe und dem Ziele des evangelischen Religionsunterrichtes in der einklassigen Schule gerecht werden zu können, hatte der Unterrichtsminister im Juli dieses Jahres genehmigt, daß außer den durch die allgemeinen Bestimmungen angeordneten Stunden eine derjenigen Lehrstunden verwendet werden könne, welche die Mittel- und Oberstufen in der deutschen Sprache erhalten. Durch einen neuen Erlass hat der genannte Minister diese Bestimmung auch auf die katholischen Schulen ausgedehnt.

\* Der Gesetzentwurf, betreffend die Errichtung einer überjeischen Bank, soll außerdem Vernehmen der für officiös geltenden „D. N. C.“ nach bereits fertiggestellt sein; dagegen wird der genannten Correspondenz von orientirter Seite versichert, daß die Dampferubventionsvorlage keineswegs bereits alle Stadien der Vorbereitung durchlaufen hat.

Samburg, 20. Oktbr. Der vor einigen Tagen von den hiesigen Nationalliberalen zum Reichstags-Candidaten aufgestellte Herr C. Ehr. Böll erklärt in einer Zuschrift an den „Samburger Correspondent“, daß er sich veranlaßt gesehen habe, die ihm angetragene Candidatur wegen der gestellten Bedingungen abzulehnen.











